

Beantwortung der Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände (LAGF)

Fortführung des Familienfördergesetzes (FamFöG)

- Wollen Sie den im Gesetz mit ersten Schritten eingeschlagenen Weg einer Politik für Familien fortsetzen? Welche Akzente setzen Sie dabei?
- Setzen Sie sich dafür ein, dass die im Gesetz genannten Förderbereiche (z.B. Bildungsangebote für Familien und Familienerholung sowie die Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen) eine auskömmliche Förderung erhalten?
- Wie schätzen Sie darüber hinaus den Bedarf an Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ein?
- Treten Sie für eine schnelle und umfassend wirkende Etablierung einer Familienverträglichkeitsprüfung aller Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Landes ein?

Antwort: Aus Sicht der Linkspartei.PDS wurden mit dem Familienfördergesetz keine „ersten Schritte“ hin zu einer sinnvollen und zielgenauen Politik für Familien getan. Abgesehen von wenigen neuen Regelungen bündelt das FamFöG schon länger existierende familienbezogene Richtlinien oder Programme, die ihrerseits einer Reformierung bedürfen. Das Gesetz schafft keine neue Rechtssicherheit für Familien, zumal es ausdrücklich unter Haushaltsvorbehalt steht.

Die Linkspartei.PDS spricht sich für eine auskömmliche Förderung von Bildungsangeboten für Familien, Familienerholung sowie die Ehe-, Lebens-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen aus, da solche Angebote für Lebenshilfen auch in Krisensituationen in zunehmendem Maße gebraucht werden.

Angesichts der Tatsache, dass im Vergleich zu den alten Bundesländern, auch in Sachsen-Anhalt eine erheblich höhere Anzahl von Kindern unehelich geboren werden und bei einem alleinerziehenden Elternteil (größtenteils bei den Müttern) aufwachsen, schätzen wir den zukünftigen Bedarf an sozialer Beratung als tendenziell wachsend ein. Auch die steigende Zahl minderjähriger und sehr junger Mütter untermauert aus Sicht der Linkspartei.PDS diese Einschätzung. Diese Beratungsangebote sollen allerdings ganzheitlich vorgehalten werden, nicht reduziert auf den Konflikt des Austragens einer Schwangerschaft.

Die Linkspartei.PDS befürwortet die umfassende Einführung einer Familienverträglichkeitsprüfung für Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Landes. Das Prüfverfahren könnte ähnlich dem des gleichstellungspolitischen Berichtes zu Kabinettsvorlagen gestaltet werden.

Einbringung bzw. Unterstützung familienpolitischer Bundesratsinitiativen

- Welche familienpolitischen Bundesratsinitiativen wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unterstützen, bzw. wollen Sie selbst auf den Weg bringen?
- Wie wollen Sie eine größere Steuergerechtigkeit für Familien erreichen?

- Wie kann es aus Ihrer Sicht zu einer Rentengerechtigkeit für Eltern kommen, die durch die Geburt und Erziehung von Kindern die umlagefinanzierte Rentenversicherung überhaupt erst ermöglichen?
- Können Sie sich ein „Wahlrecht von Geburt an“ vorstellen?
- Planen Sie andere Maßnahmen?

Antwort: Die Linkspartei.PDS vertritt den Grundsatz, dass alle Menschen, die in Familienarbeit Kinder erziehen oder Hilfebedürftige betreuen, unterstützt und gefördert werden sollen - unabhängig von ihrer Lebensweise oder dem Verwandtschaftsverhältnis. Dementsprechende Bundesratsinitiativen werden von uns grundsätzlich unterstützt. Die materielle Eigenständigkeit von Frauen und Männern soll durch den Rechtsanspruch auf eine Existenz sichernde Grundsicherung gewährleistet sein. Der Verankerung der Familienförderung im Steuersystem stehen wir grundsätzlich kritisch gegenüber, da sie in jedem Falle Familien mit niedrigen Einkommen tendenziell benachteiligt. Wir sprechen uns für eine Förderung nach Bedarf aus und legen den Schwerpunkt daher einerseits auf direkte Transferleistungen bzw. den Ausbau der familienunterstützenden Infrastruktur in den Städten und Gemeinden, darunter in erster Linie der Bildungsangebote in den Kindertagesstätten für alle Kinder.

Daneben fordern wir die rentenrechtliche Anerkennung von drei Jahren Kindererziehungszeiten für jedes Kind, auch für vor dem 1. Januar 1992 geborene, sowie die rentenrechtliche Anerkennung von Zeiten, in denen Frauen und Männer Angehörige im eigenen Haushalt gepflegt haben. Abhängigkeiten innerhalb von Familien müssen dabei verhindert bzw. abgebaut werden. Dazu gehört für uns die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften beim ALG II und beim Sozialgeld ebenso wie die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Soziale Absicherung ist ein wichtiges Kriterium, sich für ein Kind zu entscheiden. So hat der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gezeigt, dass gerade Alleinerziehende, und das sind überwiegend Frauen, in einem hohen Maße von Armut betroffen sind. Deshalb unterstützt die Linkspartei.PDS den Grundsatz eines Elterngeldes als Lohnersatzleistung. Innerhalb unseres Konzeptes für eine soziale Grundsicherung sprechen wir uns auch für eine Kindergrundsicherung aus, die altersabhängig gestaltet werden soll. Als ersten Schritt hin zu dieser Grundsicherung wollen wir das Kindergeld auf 250 Euro anheben.

Die Linkspartei.PDS spricht sich seit langem für ein Wahlalter unter 18 Jahre aus. Wir sind aber gegen Formen, bei denen – ohne Not – stellvertretend gewählt wird. Eine solche stellvertretende Wahl widerspricht nach unserer Auffassung auch dem Grundsatz nach geheimen Wahlen. Wenn nicht nur die Kinder formal durch ihre Anzahl das Gewicht der Stimmen der Eltern erhöhen sollen, müssten die Kinder und Jugendlichen vordem sagen, wen sie wählen würden. Und sie wären nachher nicht einmal sicher, ob ihr Wunsch erfüllt wurde.

Ein Wahlrecht, bei dem Eltern für ihre Kinder mitwählen können, ist für uns keine Lösung.

Weiterentwicklung des Landesbündnisses für Familien

- Welchen Stellenwert messen Sie dem Landesbündnis für Familien bei?
- Können Sie sich einen Austausch bzw. eine Verknüpfung mit lokalen bzw. kommunalen Bündnissen für Familien vorstellen?

- Können Sie sich vorstellen, dass sich aus der Arbeit des Landesbündnisses ein ständiger Beirat für Familien bei der Landesregierung entwickelt?

Antwort: Die Gründung des Landesbündnisses, ebenso wie die der lokalen Bündnisse für Familien, ist grundsätzlich zu begrüßen. So können Partner gefunden und Netzwerke gebildet werden. Die Linkspartei.PDS schätzt den Wirkungsgrad des Landesbündnisses hinsichtlich spürbarer Verbesserungen für Familien jedoch ebenso skeptisch ein, wie den des Landesfamilienpasses. Der Landesfamilienpass hatte Ende des Jahres 2005 lediglich 2.000 Familien erreicht. Es ist aus Sicht der Linkspartei.PDS wenig zielführend, familienpolitische Maßnahmen, die in den Kommunen Breitenwirkung entfalten sollen, auf Landesebene anzusiedeln. Aus unserer Sicht ist neben der Schaffung und Aufrechterhaltung von kulturellen und sozialen Angeboten vor allem lebenspraktische Hilfe für Familien mit geringeren Einkommen gefragt. Diese Hilfen können nur vor Ort geleistet werden. Unser Modell des landeseitig finanziell unterstützten kommunalen Familienpasses trägt diesem Umstand Rechnung.

Verknüpfungen zwischen bereits existierenden Bündnissen sind natürlich wünschenswert, jedoch nur dann wirklich sinnvoll, wenn diese Vernetzungsarbeit spürbare Ergebnisse für Familien erwarten lässt. In einem Beirat für Familien bei der Landesregierung sieht die Linkspartei.PDS ein geeignetes Partizipationsinstrument und steht diesem Gedanken deshalb positiv gegenüber.

Kinderrechte

- Wie stehen sie zu der Verantwortung der Gemeinschaft für alle Kinder?
- Ist Partizipation von Kindern und Jugendlichen für Sie ein wesentliches Kriterium für Kinderfreundlichkeit und Umsetzung der UN Kinderrechte?
- Wie stehen Sie zur Teilhabe bei politischen Entscheidungen durch Kinder und Jugendliche? (Z.B. bei Planungsverfahren im Städtebau oder Straßenverkehr)?
- In welchem Maße werden Sie sich einsetzen, um die UN Kinderrechte allen Kindern und Familien zugänglich zu machen?
- Wie stehen Sie zu offenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit?
- Wie unterstützen Sie die Kinderbeauftragte des Landes bei der Information der Kinder und Familien über ihre Rechte und ihren Status?

Antwort: Ein selbstbestimmtes Leben aller Kinder ist unserer Meinung nach mit der Wahrnehmung von Kindern als Subjekte und als Träger und Trägerinnen von eigenen Rechten verwoben. Das heißt, eine kindorientierte Politik muss darauf ausgerichtet sein, Kinder direkt und unabhängig von der jeweiligen Familienform, der Erwerbsbiographie oder gar der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern zu unterstützen. Das Recht des Kindes ist dann aus seiner eigenen Identität als Kind statt aus seiner Beziehung zu einem sorgeberechtigten Elternteil abzuleiten. Die Linkspartei.PDS teilt die gesellschaftliche Gesamtverantwortung für alle Kinder. Nur darf dies keine leere Formel bleiben, sondern muss sich in konkretem (Gesetzes-)handeln wieder finden.

Ob ein Gesetz oder generell die Folgen politischen Handelns als kinderfreundlich eingestuft werden können, kann nicht vom Schreibtisch aus entschieden werden, sondern hängt in wesentlichem Maße davon ab, was Kinder dazu sagen. Insofern ist die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein wesentliches und zwingendes

Kriterium von Kinderfreundlichkeit, dies gilt auch für Planungsvorhaben im Städtebau oder Straßenverkehr. Hier müssen vor allem in den Kommunen Erfahrungen zu den Chancen und Risiken bei der Umsetzung gesammelt werden.

Kindern und ihren Familien müssen die UN-Kinderrechte in geeigneter Form zugänglich gemacht werden. Dies kann über das Internet ebenso geschehen wie über die Printmedien. Verweisen möchten wir auch auf die Veröffentlichung von terre des hommes „Die Rechte der Kinder“, die die Kinderrechtskonvention in verständlicher und kindgerechter Form präsentiert. Aus unserer Sicht ist es jedoch nicht nur Aufgabe der Politik, Informationen über Kinderrechte den Familien zugänglich zu machen, gerade Familienverbände sind aus unserer Sicht hier ebenso gefragt, da sie wichtige Multiplikatorenfunktionen übernehmen.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Beibehaltung einer unabhängigen Position der Kinderbeauftragten des Landes gegenüber den Ministerien ein. Wir halten es für einen Fehler, die Beauftragten des Landes in einem Referentenpool beim Sozialministerium unterzubringen, da es sich um die Wahrnehmung von ressortübergreifenden Querschnittsaufgaben handelt. Ihre Kompetenzen werden so auf die Einhaltung von „Dienstwegen“ reduziert.

Förderung von Familienbildung / Elternarbeit

- Wie planen Sie, den begonnenen Weg der Familienförderung weiter zu gehen?
- In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?
- Wie stehen Sie zum Aufbau von Nachbarschaftszentren und Mehrgenerationenhäusern mit Angeboten der Elternarbeit und Familienbegegnung, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?
- Werden Sie sich für Stärkung des Themas „Familienbildung“ im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung einsetzen?

Antwort: Die Linkspartei.PDS hat mit ihren Konzepten des kommunalen Familienpasses und der kommunalen Sozialpauschale Modelle vorgelegt, die es erlauben, praktikabel und flächendeckend familien- und sozialpolitische Maßnahmen vor Ort bedarfsgerecht zu erhalten und zu gestalten. Die Verantwortung für Familienbildung ist für uns bei den Kommunen in besten Händen. Wir plädieren für ein wohnortnahes, bedarfsgerechtes, plurales und vor allem nachhaltiges Angebot. Den Schwerpunkt sehen wir vor allem in einer Förderung von Maßnahmen, bei denen Familien aus den unterschiedlichen sozialen Milieus miteinander ins Gespräch kommen.

Nachbarschaftszentren und Mehrgenerationenhäusern halten wir für sehr interessante Ideen zur Förderung von Gemeinsinn und bürgerschaftlichem Engagement, sie machen Synergieeffekte möglich und schaffen Identität mit der sozialen Lebenswelt in der Kommune.

Um Kindertagesstätten zu Orten der Elternarbeit und Familienbildung zu gestalten und ihnen darüber hinaus die Möglichkeit zu garantieren, den gesetzlichen Bildungsauftrag umsetzen zu können, bedarf aus unserer Sicht eines neuen Kindertagesstättengesetzes, da das momentane Kinderförderungsgesetz diesen Erfordernissen nicht in ausreichendem Maße Rechnung trägt.

Daneben stehen wir für den Aufbau von integrierten Beratungs- und Anlaufstellen, die ohne lange Wege und bürgernah Leistungen aus einer Hand erbringen können. Die Linkspartei.PDS wird sich für eine Stärkung des Themas „Familienbildung“ im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung wie auch in der schulischen allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in entsprechenden Bereichen der Aus- Fort- und Weiterbildung einsetzen.

Stärkung der Familienerholung

- Wie stehen Sie zu einer Anhebung der Förderbeträge für Familien?
- Wie stehen Sie zu einer Anhebung der Förderung von Einrichtungen der Familienerholung, die dadurch noch stärker Angebote für Familien mit problematischem sozialen Hintergrund vorhalten könnten?

Antwort: Die in der Richtlinie vorgenommene Verknüpfung von Familienerholung mit Bildungsangeboten erweist sich in der Praxis als sehr problematisch: In einigen Landkreisen fließen seit dieser Entscheidung die Gelder nicht oder in nur sehr geringem Maße ab. Gleichwohl bleiben Erholungs- und Bildungsangebote für Familien wichtig. Hier sieht die Linkspartei.PDS Regelungsbedarf. Die Gelder des Landes wollen wir deshalb den Kommunen vor allem für einkommensschwache Familien im Rahmen unseres Familienpassmodells zur Verfügung stellen. Durch die Zusammenfassung einiger Förderprogramme und Projekte des Landes – darunter der Landesfamilienpass, die Maßnahmen der Familienerholung, der Elternbrief – würden finanzielle Mittel in Höhe von rund 1 Mio. € bereitstehen.

Durch die von uns begrüßte Veränderung des Unterhaltsvorschussgesetzes im Familienförderungsgesetz stünden den Landkreisen dadurch noch einmal 1,5 Mio. € zur Verfügung. Insgesamt stehen dann ca. 2,5 Mio. € für kommunale Familienpolitik bereit. Damit wäre aus unserer Sicht eine effizientere, bedarfsorientierte und wohnortnahe Förderung von Familien möglich.

Die Förderung der 12 Familienzentren in Sachsen-Anhalt wollen wir fortführen. Hier ist uns besonders wichtig, dass von diesen Familienzentren in der Zukunft noch viel stärker Ideen und Projekte ausprobiert werden, die geeignet sind, auch jene Familien einzubeziehen, die bisher nicht den Weg in diese Zentren gefunden haben, umso mehr aber der Hilfe und vieler Anregungen bedürfen, ihr Leben zu meistern, eigene Fähigkeiten zu stärken, das familiäre Zusammenleben erfolgreich und lebenswert zu gestalten.